Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Kiel, 11.12.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken

Die Debatten der letzten Monate um die zukünftige Energieversorgung und den Klimaschutz haben gezeigt, dass wir beides nicht unabhängig voneinander betrachten können. Dabei ist immer wieder deutlich geworden, dass wir von den fossilen Energieträgern weg kommen müssen. Für den SSW steht fest, dass das langfristige Ziel die komplette Versorgung aus regenerativen Energien ist. Bis es jedoch soweit ist, müssen die Weichen entsprechend gestellt werden. Hierzu gehören deshalb auch die Steigerung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung.

Die Deckelung des Stromverbrauchs aus regenerativen Energien - aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse – ist die Herausforderung der Zukunft. Hierfür ist es notwendig, das Stromnetz, das heute noch zentral ausgerichtet ist, umzustrukturieren und so umzubauen, dass die dezentralen Energieträger erschlossen werden können und der Strom eingespeist und weitergeleitet werden kann. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch werden somit zu einer dezentralen Versorgungseinheit.

Für Schleswig-Holstein ist insbesondere die Windenergie von maßgeblicher Bedeutung. Schleswig-Holstein ist ein Windland. Wir haben das Know-how und unsere Wirtschaft wird weiter davon profitieren. Die Produktion von Windstrom gerade im Offshorebereich birgt enorme Potentiale. Damit können wir es schaffen, Lieferant von Strom aus regenerativen Energieformen zu werden, sobald die Offshore-Windparks den Strom produzieren und dieser entsprechend transportiert wird.
Aber nicht nur aus energiepolitischen Gründen, wird die Windenergie für

Schleswig-Holstein die Energieform der Zukunft. Auch aus Gründen des Klimaschutzes wird Offshore-Windkraft ein wichtiger Baustein der künftigen Energieversorgung sein.

Aber bis es soweit ist, kommen wir um einen Mix aus regenerativen und fossilen Energieformen nicht umhin. In diesem Punkt verabschieden sich die Grünen jedoch von der Wirklichkeit. Es wird so getan, als ob der Sprung aus dem Atomzeitalter ins Zeitalter der regenerativen Energien ohne weiteres machbar ist. Für eine Übergangszeit brauchen wir aber diesen Mix und dabei kommen wir um Kohle nicht herum.
Aus Sicht des SSW ist Gas keine Lösung. Zum einen, weil wir uns in eine Abhängigkeit begeben, die politisch fragwürdig ist. Und zum anderen, weil heute Braun- und Steinkohlekraftwerke rund 50 % der Stromgewinnung ausmachen und diesen Bedarf können wir auch nicht mit Gaskraftwerken decken. Der Bedarf an Gas wäre unerschwinglich hoch.
Daher bleibt nur die Möglichkeit, auf Kohlekraftwerke zu setzen. Natürlich ist Kohle auch ein endlicher Rohstoff, aber im Gegensatz zu dem vorher genannten Energieträger ist Kohle weltweit vorhanden und was wichtiger ist, wir haben sie im eigenen Land. Damit ist zumindest eine gewisse Verfügbarkeit sichergestellt.

Wir halten aber daran fest, Kohle ist nur eine Übergangslösung. Wenn wir uns politisch dazu bereit erklären, diesen Weg der mittelfristigen Energieversorgung zu gehen, dann nur, wenn wir gleichzeitig eine Ausstiegsstrategie für die Kohle festlegen – vergleichbar mit dem Atomausstieg.
Darüber hinaus brauchen wir ein bundesweit abgestimmtes Konzept, wie und wo neue Kohlekraftwerke in der Bundesrepublik gebaut werden und welche alten Kraftwerke dafür abgeschaltet werden. Dies haben wir auch vor einiger Zeit hier im Landtag beantragt, aber die Koalitionsfraktionen wollten diesen Weg nicht mitgehen.

Wenn wir über den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Schleswig-Holstein sprechen, dann kann dies nur – wenn überhaupt – in Brunsbüttel sein. Denn dort haben wir die entsprechende Infrastruktur, die dies überhaupt möglich macht. Jeder andere Standort in Schleswig-Holstein kommt aus Sicht des SSW nicht in Frage.

Was nun den Antrag der Grünen angeht, ist festzustellen, dass er nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Auch wenn er sich auf wissenschaftliche Untersuchungen gründet, haben wir jedoch keine Handhabe, den Bau eines Kohlekraftwerks zu verhindern. Wenn alle planungs- und baurelevanten Vorgaben erfüllt sind, kann der Bau des Kraftwerks nicht versagt werden. Die Grünen hätten bei ihrem Antrag an die Erfahrungen aus Hamburg denken müssen, wo eine grüne Umweltsenatorin nun den Bau eines Kohlekraftwerks nach recht und Gesetz genehmigen muss..

Die Landesregierung nun zu bitten, auf den Investor dahingehend einzuwirken, dass die Planungen zum Neubau der Kohlekraftwerke eingestellt werden, weil es sich wirtschaftlich nicht trägt, ist kein Hinderungsgrund. Dies ist eine Entscheidung, die der Investor treffen muss. Und ich glaube, dass mögliche Bedenken, gegen ein Kohlekraftwerk, im Vorfeld vom Investor entsprechend abgeklärt werden. Was bleibt, ist die Tatsache, dass wir ein Übergangs- und Ausstiegskonzept brauchen. Hier sind wir dank der Handlungsunfähigkeit der Großen Koalition keinen Schritt weiter gekommen und das schadet dem Klima mehr als alles andere.